„Der karthagische Frieden“.

Von H. H. Von Mellenthin.

II.

Die Installierung der Völkerliga. — Maynard Keynes über die Möglichkeiten der Vertrags-Aenderung. — Ein Vademecum. — Die Notwendigkeit der Ersetzung der heute Regierenden. — Errungenschaften und schwarze Punkte des Ligapaktes. — Hinneigung zur Heiligen Allianz und zum status quo. — Auf die Wucht der Weltmeinung gehofft. — Wirtschaftliche Folgen der Verträge werden die Welt wieder einrenken.

Der Völkerbund ist durch die Eröffnungssitzung des Ligarates in Paris und die Organisierung seiner Beamtenschaft aus der Taufe gehoben worden. Dem kreisenden Berge hat sich eine Maus entbunden. Die Gevattern waren wohl zur Stelle, aber die Nation, deren Vertretern auf der Pariser Konferenz die Vaterschaft der Liga von der Geschichte zugewiesen werden wird, war unvertreten. Solange das amerikanische Volk ihm nicht angehört, muß der Völkerbund ein Torso bleiben.

Léon Bourgeois, der Vertreter Frankreichs, hat, als erwählter Leiter der Eröffnungssitzung, diesen letzteren Punkt ausdrücklich hervorgehoben, indem er sagte: „Das Amt, dieser Sitzung zu präsidieren, und die Aufgabe, diese große internationale Körperschaft zu inaugurieren, hätte eigentlich dem Präsidenten Wilson zufallen sollen. Wir achten die Gründe, welche die endgültige Entscheidung unserer Freunde in Washington noch verzögern, aber wir bringen zugleich unsere Hoffnung zum Ausdruck, daß deren Schwierigkeiten bald überkommen sein mögen und daß ein Vertreter der großen amerikanischen Republik den Platz unter uns, welcher ihn erwartet, einnehmen werde. Dann wird die Arbeit des Rats einen abgeschlossenen Charakter annehmen und mit der ganz besonderen Macht bekleidet sein, welche mit unserem Werk vereint sein sollte.“ Auf die Bedeutung des Ereignisses eingehend, führte Herr Bourgeois alsdann aus: „Der 16. Januar des Jahres 1920 wird in die Geschichte übergehen als der Geburtstag einer neuen Welt. Entscheidungen, welche heute getroffen werden, sollen als im Namen sämtlicher Nationen, welche dem Völkerligaabkommen beigetreten sind, erlassen gelten. Es wird die erste Willensäußerung aller der freien Nationen sein, welche sich, zum ersten Mal in der Weltgeschichte, zusammengeschlossen haben, um das Recht an die Stelle der Macht zu setzen. Aber die Organisation der Völkerliga wird dann erst vollständig sein, nachdem auch die Versammlung aller Staaten sich konstituiert hat.“ Earl Curzon, der britische Auslandminister, legte, als der britische Gevatter, dem Täuflingl folgendes Sprüchlein in die Wiege: „In der Liga der Nationen stellt sich ein Ausdruck des gemeinsamen universalen Verlangens nach gesunderen Methoden für die Regulierung der Menschheitsangelegenheiten dar, und sie liefert die Maschinerie, mit welcher den Prinzipien internationaler Freundschaft und guten Einvernehmens die praktische Anwendung gesichert werden kann.“

Der bekannte britische Autor John Dillon hat in einem Buch, welches er der Pariser Friedenskonferenz gewidmet hat, als die Erbschaft der Konferenz das „Weltchaos“ aufgeführt. Es wird Aufgabe der nächsten Zeit bilden, in dieses Chaos möglichste Ordnung zu bringen. Das Augenmerk wird sich von der Erfüllung dieser Hauptaufgabe durch Nebensächlichkeiten oder Absichtlichkeiten nicht ablenken lassen dürfen; weder durch das, von England plötzlich heraufbeschworene Gespenst einer „bolschewistischen Gefahr“ für Indien, noch durch Liebeserklärungen für Polen, noch durch den Hader zwischen den neuen „interessanten Völkerschaften“ und nicht durch die Frage, ob der Halbmond weiter über dem Goldenen Horn schimmern soll.

John Maynard Keynes stellt in seinem Buch „The Economic Consequences of the Peace*)“, dessen erster Teil in der vergangenen Woche an dieser Stelle besprochen worden ist, die Revision des Versailler Friedensvertrages als die Voraussetzung einer Beseitigung der chaotischen Verhältnisse, wie sie durch die bisherige Friedenspolitik hervorgerufen worden, dar. Er erklärt, daß der Vertrag zustande gebracht worden sei durch die Mache ausgesuchtester Sophistereien und die Künste unaufrichtigster Heuchelei. Sie hätten die Vierzehn Punkte des Präsidenten Wilson dadurch geltungslos gemacht, daß Sprache und Inhalt des gesamten Vertrages mit der Unaufrichtigkeit überspunnen und mit der inneren Unwahrheit bekleidet worden wären. Er analysiert die in dem Vertrage aufgestellten Gutmachungsforderungen und kommt zu dem, von ihm zahlengemäß belegten Befund, daß die Forderungen unerfüllbar seien. Er führt die Aufstellung so unmöglicher Forderungen auf Wahl- und Stimmungsmache zurück: Lloyd George habe sie für seine damals bevorstehenden Parlamentswahlen nötig gehabt und Clemenceau mit ihnen das Volk Frankreichs bei guter Stimmung halten wollen. Der Verfasser des Buches, welcher als Sachverständiger in Finanz- und Volkswirtschaftssachen der britischen Friedensdelegation beigegeben war, trat aus dieser aus, weil er die Politik der Konferenz für falsch und schädlich, weil willkürlich und chaotisch, hielt. An die Kritik, welche er an dem Inhalt des Vertrages übt, knüpft er seine eigenen Ideen. Er stellt die Theorie auf, daß eine Revision des Vertrages die Aufgabe der Völkerliga bilde, „welche die Weisheit der Welt noch in ein mächtiges Friedensinstrument umformen mag und welche bereits mit den Artikeln XI. bis XVII. der ihr verliehenen Verfassung auf große und dem Allgemeinwohl nützende Errungenschaften hinweisen kann.“

Die Ausführungen Maynard Keynes über die Aufgaben und die Leistungsmöglichkeiten der Völkerliga bilden eine Art von „vade mecum“ für diese, und erscheinen grade zu dieser Zeit, da durch den Zusammentritt des Ligarats die praktische Durchführung der Bundesidee in Angriff genommen worden ist und die Pariser Friedenskonferenz, sang- und klanglos, ins Grab gesunken ist, von ganz besonderem Interesse. Er sagt:

* * *

„Es ist schwierig, weitausgreifenden Affairen gegenüber die richtige Perspektive zu finden. Ich habe das Werk von Paris kritisch beleuchtet und die augenblickliche Lage und die Zukunftsaussichten Europas in dunklen Farben ausgemalt. Das giebt die eine und eine, meiner Auffassung nach, richtig dargestellte Seite der obwaltenden Verhältnisse. Bei einem derartig komplizierten Phänomen zeigen indessen nicht alle Wegweiser für die Entwicklungsmöglichkeiten der Zukunft in eine und dieselbe Richtung, und wir könnten leicht in den Irrtum verfallen, allzu schnelle und allzu unvermeidliche Folgen von Ursachen zu erwarten, welche vielleicht nicht einmal wesentliche sind. Grade die undurchdringliche Dunkelheit des Ausblicks erregt in uns Zweifel; unsere Vorstellungskraft wird eher eingeschläfert als angespornt durch allzu klägliche Geschichten, und unser Denken rückt ab von dem Gefühl des „Zu schlimm, um wahr zu sein“...

Was kann also getan werden?

Die folgenden versuchsweisen Anregungen mögen dem Leser unzureichend erscheinen. Aber die richtige Gelegenheit wurde in Paris während der sechs Monate nach dem Waffenstillstand verpaßt, und nichts, was wir nun zu tun im Stande sind, kann das in jener Zeit heraufbeschworene Unheil wieder gut machen. Erhebliche Notstände und ein schweres Risiko für die menschliche Gesellschaft sind unvermeidlich geworden. Alles, was uns unter den obwaltenden Umständen zu tun übrig bleibt, besteht in dem Bemühen, die fundamentalen wirtschaftlichen Tendenzen, die den Ereignissen der Stunde zu Grunde liegen, soweit wir dazu die Macht haben, einer Aenderung zu unterziehen, sodaß sie, anstatt uns immer tiefer in das Unglück zu stürzen, die Wiederaufrichtung der Prosperität und der Ordnung herbeiführen.

Zunächst müssen wir der Atmosphäre und den Methoden von Paris entkommen. Diejenigen, welche die Konferenz kontrollieren, mögen sich wohl dem Willen der öffentlichen Meinung fügen, aber sie werden uns nie aus unseren Trübsalen herausführen. Es ist kaum anzunehmen, daß der Rat der Vier die Schritte, die er gemacht, zurücknehmen kann, auch wenn er solches zu tun wünschen sollte. Darum stellt sich eine Ersetzung der jetzzeitigen Regierungen in Europa als eine fast unerläßliche Präliminarie dar.“

Der Verfasser bespricht dann die Möglichkeit einer Revision des Vertrages. Er führt folgendes aus:

Bieten sich uns irgendwelche konstitutionellen Mittel für eine Aenderung des Vertrages dar? Präsident Wilson und General Smuts, welche glauben, mit dem Ligaabkommen manch' ein Uebel in dem Rest des Vertrages aufgewogen zu haben, haben uns auf die Liga als den Faktor für die schrittweise Evolution zu einem erträglichen Leben in Europa hingewiesen.

„Es gibt da Gebietsfeststellungen“, so schrieb General Smuts in seiner Erklärung zur Unterzeichnung des Friedensvertrages, „welche der Revision bedürfen. Garantien sind niedergelegt, welche, wie wir hoffen, sich bald als in Uebereinstimmung mit der neuen friedlichen Gesinnung und dem unbewaffneten Zustand unserer früheren Feinde herausstellen werden. Strafen sind in Aussicht genommen, betreffs deren Verhängung eine ruhigere Stimmung bereit sein dürfte, mit dem Schwamm des Vergessens darüber zu wischen. Schadenersatzansprüche sind festgestellt, deren Eintreibung ohne schwere Schädigung der industriellen Wiedergeburt Europas nicht möglich ist und die zu ermäßigen und erträglicher zu gestalten im Allgemeininteresse liegt ... Ich bin der Ueberzeugung, daß die Liga der Nationen sich noch als der Rettungsweg aus dem Ruin dieses Krieges erweisen wird.“

„Ohne die Liga“, so hat sich Präsident Wilson bei der Unterbreitung des Vertragsinstruments vor dem Senat Juli 1919 ausgesprochen ..., „mag eine langausgedehnte Ueberwachung der Gutmachungsverpflichtung, deren Erfüllung Deutschland bis in die nächste Generation übernommen hat, vollständig zusammenbrechen, die Wiedererwägung und Revision der administrativen Abmachungen und Beschränkungen, die der Vertrag vorschreibt, und deren Erzwingung auf allzu lange Zeitdauer sich nicht ganz als recht und billig herausstellen würde, müßten praktisch undurchführbar werden.“

Können wir mit berechtigter Hoffnung von der Geltung und Betätigung der Liga die Sicherung oder eine Gewährleistung solcher Wohltaten erhoffen, zu deren Erwartung uns zwei der Hauptpunkte des Abkommens ermutigen? Eine solche wesentliche Bestimmung kann in dem Artikel XIX gefunden werden, in welchem es heißt:

„Die Ligaversammlung mag durch ihre Mitglieder von Zeit zu Zeit eine Wiedererwägung von Verträgen, welche den bestehenden Verhältnissen nicht länger entsprechen, und eine Erwägung internationaler Beziehungen, deren weitere Andauer den Weltfrieden gefährden könnte, vornehmen.“

Dem steht jedoch ein „Aber“ entgegen. Artikel V bestimmt, daß, ausgenommen die Fälle, welche in dieser Abmachung oder durch die Bestimmungen des vorliegenden Vertrages besonders vorgesehen sind, die Entscheidungen irgendeiner Versammlungssitzung der Zustimmung des Rates sämtlicher, in der betreffenden Sitzung vertretenen Mitglieder bedürfen. Drückt nicht diese Bestimmung die Liga, soweit eine baldige Wiedererwägung irgendwelcher Festsetzungen des Friedensvertrages in Betracht kommt, zu einer Körperschaft für zwecklose Zeitverschwendung herab? Falls sämtliche Teilhaber an dem Vertrag einstimmig der Ansicht sind, daß dieser in einem besonderen Sinn der Abänderung bedürfe, bedarf es keiner Liga und keiner Abmachung, um dieses Geschäft zu erledigen. Und die Ligaversammlung kann zudem auch, bei aller Einstimmigkeit, eine Wiedererwägung seitens der in Betracht kommenden Mitglieder lediglich „anraten“.

Die Liga, so sagen deren Anhänger, werde sich bereits durch ihre Einwirkung auf die öffentliche Weltmeinung durchsetzen, und die Auffassung ihrer Mehrheit werde tatsächlich das ausschlaggebende Gewicht ausüben, auch wenn sie konstitutionell nicht von Belang sei. Laßt uns darum beten, daß dies so werde. Aber die Liga mag sich in den Händen der trainierten europäischen Diplomaten zu einem beispiellosen Instrument der Obstruktion und der Verschleppung gestalten. Die Revision der Verträge ist in erster Linie anvertraut nicht dem Rate, welcher häufiger tagt, sondern der Liga-Versammlung, welche seltener zusammentritt und deshalb, den mit solchen großen interalliierten Konferenzen gemachten Erfahrungen entsprechend, eine sterile polyglotte Debattiergesellschaft werden muß, in welcher die bedeutendste Resolution und die beste Geschäftshandhabung sich als unfähig erweisen, gegen eine Opposition zugunsten der Aufrechterhaltung des status quo sich durchzusetzen. Es haften der Liga-Abmachung zwei wirklich fatale Flecken an — Artikel V, welcher die Stimmeneinheit feststellt, und der vielfach kritisierte Artikel X, nach welchem „Die Mitglieder der Liga es übernehmen, die gebietliche Integrität und die bestehende politische Unabhängigkeit ihrer sämtlichen Zugehörigen zu achten und gegen Angriffe von außen aufrecht zu erhalten.“ Diesen zwei Artikeln wohnt in gewissem Maße die Tendenz inne, die Auffassung von der Liga als eines Instruments für den Fortschritt zu zerstören und sie von anbeginn an mit einer fast verhängnisvollen Hinneigung ihres Schwergewichts auf die Seite des status quo zu belasten. Es sind diese Artikel, welche der Liga einige der ursprünglichen Gegner gewonnen haben, und diese hoffen nunmehr, aus ihr eine andere „Heilige Allianz“ zu machen, die die Dauer des wirtschaftlichen Ruins ihrer Feinde und des Gleichgewichts der Kräfte, wie sie es mit dem Frieden hergestellt zu haben wähnen, in ihrem Eigeninteresse sichern soll.

Während es aber falsch und töricht sein würde, uns im Interesse von „Idealismus“ der Erkenntnis der wahren Schwierigkeiten der Lage betreffs einer Vertragsrevision zu verschließen, liegt doch kein Grund für irgendeinen von uns vor, die Liga zu verschreien, welche die Weisheit der Welt immer noch in ein mächtiges Friedensinstrument umformen mag, zumal die Ligaabmachung mit ihren Artikeln XI bis XVII bereits auf große und dem Allgemeinwohl nützende Errungenschaften hinweisen kann.

Ich stimme daher der Auffassung zu, daß unsere ersten Bemühungen, eine Revision des Vertrages zu erzielen, eher durch die Liga, als auf irgendwelchem anderen Wege Erfolge haben können, und zwar in der Hoffnung, daß die Wucht der allgemeinen Meinung und, falls nötig, die Anwendung eines finanziellen Druckes oder finanzieller Lockungen hinreichen möchten, um eine widerhaarige Minderheit an der Ausübung ihres Vetorechts zu verhindern. Wir müssen zu den neuen Regierungen, deren Aufkommen in den hauptsächlichsten Alliiertenländern ich voraussehe, das Vertrauen haben, daß sie eine tiefere Weisheit und eine weitergehende Großherzigkeit bekunden werden, als solches seitens ihrer Vorgänger der Fall gewesen ist.“

* * *

Der Standpunkt des Verfassers, daß die Beseitigung der europäischen Regierungen und der geheimen Einflüsse, welche den Versailler Vertrag zu Stande gebracht und ihm den Stempel aufgedrückt haben, notwendig ist, ist auch an dieser Stelle stets vertreten worden. Eins der Häupter dieser Regierungen ist bereits gefallen, das Georges Clemenceaus, welches auf der Pariser Konferenz am höchsten hervorgeragt hatte. Maynard Keynes belastet in dem Kapitel seines Buchs, welches sich mit dem Zustandekommen des Vertrages auf der Pariser Konferenz beschäftigt, Clemenceau mit dem größeren Maß der Verantwortlichkeit.

Der abwägenden und sichtenden Weltgeschichtsforschung aber wird die Feststellung dessen, was nicht geschehen und warum es nicht erreicht worden ist, die bedeutsamere Aufgabe erscheinen, als dieser oder jener einzelnen Persönlichkeit die Verantwortlichkeit für das, was in die Paragraphen des Vertrages gekleidet worden ist, zuzuweisen.

Keynes erwartet von den wirtschaftlichen Folgen des Vertrages dessen Rektifizierung und sieht in der Völkerliga die Möglichkeit der notwendigen Revision des Vertragsinhalts. Daß eine solche Revision notwendig, hat heute bereits alle Welt zugestanden. Es handelt sich indessen nicht nur um den Inhalt, nicht um einzelne Bestimmungen in den verschiedenen Paragraphen. Der Geist, der das Dokument zu Stande gebracht hat und von dem es erfüllt ist, muß aus ihm ausgetrieben werden. Die Machtpolitik, welche ihn diktiert, muß als Faktor für die weitere Weltentwicklung schwinden. Die Beziehungen zwischen den Völkern dürfen nicht mehr von der Eigensucht vorgeschrieben und nicht von der Heuchelei verschleiert werden.

Der Verfasser des Buches hat Recht, wenn er davor warnt, die Liga der Nationen von vornherein zu verschreien. Man sollte vielmehr dieser Institution die Chance geben, sich zu dem zu entwickeln und als das zu betätigen, als was sie ursprünglich gedacht worden war: als ein wahrer und wirklicher Völkerbund, welcher durch die Ausgleichung von Gegensätzen und, sollte es nötig werden, mit der Durchsetzung seines Spruches die Dauer des Friedens gewährleistet.

Viele scheinen als zur Aufrichtung der Wegweiser in die neue Zeit berufen zu sein, aber für das Führeramt werden nur wenige auserlesen werden. Schließlich aber wird der Wille der Völker die Richtung der Entwicklung bestimmen und die Führung übernehmen.

Die Völker müssen sich mit ihrer Entscheidung beeilen. Im eigenen Interesse und zum Gemeinwohl der Welt. Sollte der „Karthagische Frieden“ bleiben, so würde die ganze Welt ein Karthago, der Vernichtung geweiht, sein.

*) John Maynards Buch „The Economic Consequences of the Peace“, dessen Inhalt, auch wenn man nicht allen seinen Ausführungen uneingeschränkt zustimmen kann, äußerst interessant ist, wird demnächst hier bei Harcourt, Brace & Howe erscheinen. Die vorstehenden Mitteilungen des wesentlichen Inhalts des Buches lehnen sich an an Aufsätze, welche in den Heften vom 24. Dezember 1919 und 21. Januar 1920 der hiesigen Wochenschrift „The New Republic“ veröffentlicht sind.

In Petersburg während Judenitschs Offensive.

Von Freiherrn von Engelhardt.

(Breslauer Zeitung.)

Stockholm, Dezember.

Drei im Juli 1916 in russische Gefangenschaft geratene ungarische Offiziere befinden sich auf der Durchreise in Stockholm und erzählen einiges Neue aus der russischen Hauptstadt, in der sie während der Judenitsch-Offensive eintrafen. Die drei jungen Leute, die Herren von Kreszits, Richard Maresch und Anton v. Schwarz, haben in Sibirien die Revolutionszeit durchgemacht und flüchteten im September unter vielen Gefahren aus ihrem Gefangenenlager. Es gelang ihnen, bis Petersburg durchzukommen, wo sie am 21. Oktober anlangten. Judenitschs Angriff war in vollem Gange, und in der Stadt herrschte eine große Panik. Die Straßen machten einen trostlosen Eindruck. Man vernahm den Geschützdonner von der Front, Militärautomobile sausten durch die verödeten weiten Avenuen. Tote Pferde, aus denen die Hungernden große Stücke herausgeschnitten hatten, lagen hie und dort herum. Vergrämte, ausgehungerte Frauen, die sichtlich bessere Tage erlebt hatten, verkauften zu 50 Rubel das Stück kaum genießbares Gebäck aus undefinierbarem Teig. Doch nur wenige Menschen wagten sich auf die Straßen. „Man warnte uns,“ berichteten die glücklich Entkommenen, „doch es war schon zu spät. Bevor wir ein Wort entgegnen konnten, waren wir von Soldaten umringt, in einen Hof gedrängt und zu Zwangsarbeit gepreßt. Wir mußten helfen Barrikaden bauen und Drahthindernisse über Straßen und Plätze ziehen. Petersburg verwandelte sich in diesen Tagen bis zur Unkenntlichkeit. Man verwendete uns auch zu Arbeiten in der Peter-Paulsfestung. Unendlich viele Militärpatrouillen und besonders bis an die Zähne bewaffnete Milizweiber beherrschten die Straßen. Besonders war der verödete, riesige Newski-Prospekt ein Tummelplatz für diese Typen. In der Peter-Paulsfestung sahen wir oft, wie man Opfer der Haussuchungen, Frauen, Männer und Kinder, hereinführte. Hinaus sah man niemals jemanden von diesen Unglücklichen kommen. Maschinengewehrfeuer, das man oft in der Festung vernahm, gab hierzu die Erklärung.

In den Markthallen wurde ein russisches Pfund (421 Gramm) Pferdefleisch mit 230 Rubeln, Kartoffeln 80—90, Brot 250—300, Tee mit 2500 Rubeln bezahlt. Man konnte auch Hühner, Milch und Speck auftreiben, aber in äußerst geringen Mengen und zu unbeschreiblichen Preisen. Wurde man bei solchen verbotenen Käufen entdeckt und angezeigt, so drohte der Tod durch Erschießen.

Dem herankommenden Winter wurde von den unglücklichen Bewohnern der Stadt mit größter Verzweiflung entgegengesehen. Man rechnete damit, daß nach Neujahr die Straßenbahn, die elektrische Beleuchtung und die Wasserleitung nicht mehr funktionieren würden. Die rote Soldateska beraubt fürsorglich bei den Haussuchungen die Bevölkerung um ihre wärmeren Kleidungsstücke zum Besten der Armee, die alles haben soll. Petersburg ist eine Stadt, die jetzt nur noch die Kraft besitzt, zu sterben. Die wenigen, die noch etwas Energie übrig haben, versuchen auf irgend eine Weise, sich durch die fünf Verteidigungslinien, die nunmehr die isolierte Stadt umgeben, durchzuschmuggeln. Das ist es, was Judenitsch mit seiner mißglückten Offensive erreicht hat.

Von den weißen Organisationen der Gegenrevolutionäre hat man, nach den Berichten der drei Ungarn, nichts zu erwarten. Das stimmt vollkommen mit dem überein, was ich in den letzten zwei Monaten nach den zu meiner Kenntnis gelangten Mitteilungen aus Sowjetrußland wiederholt an dieser Stelle betonte. Die Weißen sind vollkommen machtlos und verfügen über keine Waffen. Die einzigen, die noch Widerstand leisten könnten, sind die Bauern, in deren Besitz sich viele Jagd- und Militärgewehre befinden. Von einer allgemeinen Erhebung gegen die Sowetregierung kann aber nicht die Rede sein. Der Haß gegen die Kommunisten ist groß, man hört das überall. Noch größer aber ist der Haß und die Empörung gegen die Juden. Dieser glühende Judenhaß nimmt im ganzen Lande geradezu phantastische Formen an. Die großen Massen betrachten nun tatsächlich den ganzen Bolschewismus als eine rein jüdische Bewegung, die dazu geschaffen ist, den Juden die Macht und die Herrschaft über die ganze Erde zu sichern. An dem Tage, wo der Bolschewismus in Rußland stürzt, wird Rußland der Schauplatz eines Massenmordes sein, wie die Welt es noch nicht gesehen hat.

Die russischen Kommunisten selbst sehen noch immer ihre Hoffnungen auf Deutschland, Ungarn und Oesterreich. Auch Polen, Bulgarien, Tschecho-Slowakien und neuerdings Italien werden in den Kreis der nächsten Berechnungen der Sowjetführer gezogen. Kommt der Frieden mit der Entente zustande, so werden die Bolschewiki ihre trefflich vorbereiteten Agitatoren in die ganze Welt hinaussenden, wohlversehen mit Geld und anderen leicht zu realisierenden Werten. Dann wird der Augenblick kommen, wo die Matrosen, die Ringe bis an die Fingerspitzen tragen, ihren Hals mit prachtvollen Kolliers schmücken und zuweilen bei festlichen Gelegenheiten Diademe ins Stirnhaar stecken, dieses geraubte Gut für die Verwirklichung des großen Gedankens der Weltrevolution opfern müssen.

Der Anschauungsunterricht, den die drei ungarischen Offiziere beim russischen Kommunismus genossen haben, berechtigt sie jedenfalls zu der von ihnen mit Nachdruck verfochtenen Meinung, daß der Bolschewismus nur mit Waffenmacht niedergeworfen werden kann. Jedes Paktieren mit dieser Seuche wird nur ihre Verbreitung fördern.

Die Hilfe.

Wir lesen in der „Jugend“: Es geschah in einem Hamburger Theater, daß gerade mit Eröffnung der Vorstellung eine Frau im Zuschauerraum ein gesundes Kind gebar. Die Sache ging prompt vor sich, und sechs handfeste Männer waren augenblicklich bereit, Mutter und Kind nebenan in den Restaurationsraum zu tragen. Auch fand sich ein hilfsbereiter Mensch, der nach der nächsten Polizeiwache stürmte, um dort Hilfe zu besorgen. Er kommt mit fliegendem Atem vor den Wachthabenden gerannt und sprudelt sein Verlangen nach Arzt, Telephon und nach einer weisen Frau hastig herunter, erzählt das Vorkommnis und schildert, daß Eile not tut. Der Wachtmeister nickt. Dann wickelt er sorgfältig sein Wurstbrot ein, setzt zuerst sich, dann seine Brille in Positur, legt einen Aktenbogen auf den Tisch, glättet ihn sorgfältig, nimmt die Feder, kratzt sie aus, tunkt sie ein, spritzt sie aus — — — und dann richtet er den bekannten drohenden Blick des Auges des Gesetzes auf den atemlosen Eindringling und donnert ihn an: „Wie heißen Sie? — Wann sind Sie geboren? — Wo? — Kreis? — Beruf?“ Denn niemand hat in der glorreichen Revolution den heiligen Bureaukratismus totgeschlagen.

— Wir sind gewohnt, einen kleinen Frauenfuß schön zu finden. Wohl weil dabei, vielleicht unbewußt, die Vorstellung mitschwingt, daß die Tritte eines kleinen Fußes weniger schmerzen.

— Wenn eine Frau altert? Wenn sich ihr gegenüber der Gedanke aufdrängt, wie auffallend jung sie schon aussieht.

„Das Schuldbuch.“

Von Dr. C. Mühling.

(Der Tag, Berlin.)

Die Sammlung der Urkunden, deren Veröffentlichung eine der ersten Sorgen der durch die Revolution zur Macht gelangten Regierung war, ist einzig in ihrer Art. Es ist in der Tat noch niemals vorgekommen, daß eine so lückenlose, jede Verheimlichung verachtende Veröffentlichung geheimster Aktenstücke über ein weltbewegendes Ereignis, das sich erst fünf Jahre vor dieser Veröffentlichung zugetragen hat, nicht nur wenigen Auserwählten, sondern der ganzen Welt bekannt gegeben wird. Es war bekanntlich die Unabhängige Sozialdemokratie, deren jetzt verstorbener Führer als Volksbeauftragter die Geschäfte des Auswärtigen Amtes zu überwachen hatte, die durch ihren aus dem Blute einer uns feindlichen Nation stammenden Parteigenossen, den Tschechen Karl Kautsky, diese Veröffentlichung mit der ausdrücklichen Absicht veranlaßte, dem gestürzten Regiment, in erster Linie dem Kaiser, die Schuld am Weltkriege aufzubürden und dadurch gleichzeitig die Berechtigung, ja die Notwendigkeit der Revolution zu beweisen und die Gunst der Feinde für die neue Regierung zu gewinnen.

Wenn eine in solcher Absicht und von solchen Männern unternommene Aktensammlung das Ziel, das sich ihre Urheber gesetzt haben, nicht erreicht, wenn auch ein auf solche Weise zustandegekommenes Spiegelbild der Ereignisse die gewollte Schuld nicht erhärtet, so ist wohl auch ohne daß erst die Archive der anderen am Kriege beteiligten Staaten geöffnet werden müßten, der Beweis erbracht worden, daß das angestrebte Ziel unerreichbar ist.

Ich stehe nicht an, zu behaupten — und am wenigsten kann mich die vom Herausgeber, Herrn Kautsky, zur Erläuterung seines Urkundenwerkes veröffentlichte, von vorgefaßten Meinungen ganz durchsetzte Tendenzschrift, die mit Geschichtschreibung nichts zu tun hat, an dieser Behauptung verhindern — ich behaupte, daß durch diese Urkundensammlung zwar auf das klarste bewiesen wird, daß die deutsche Regierung ein gehäuftes Maß von Fehlern begangen hat, daß sie aber von der Absicht, einen Krieg zu entfesseln, auch während der kritischen Tage vom Morde von Serajewo bis zu der Kriegserklärungen viel weiter entfernt war, als die ihm feindlichen Mächte, daß sie, und insbesondere der Kaiser, ganz im Sinne der Ansprache, die er am 31. Juli 1914 vom Balkon des Schlosses gehalten hat, ganz aufrichtig davon überzeugt war, daß er und sein Volk einen ihm aufgedrungenen Verteidigungskrieg führten, in dem es sich um Sein und Nichtsein handelte.

Was sollte im Sinne Kautskys und seiner Auftraggeber und im Sinne der alliierten und assoziierten Mächte bewiesen werden? Es läßt sich nicht kürzer und besser zusammenfassen, als in der Schlußfolgerung aus dem ersten Kapitel des Generalberichts, den die Kommission der Entente „für die Feststellung der Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges und die aufzuerlegenden Strafen“ am 29. März 1919 erstattet hat. Diese Schlußfolgerung lautete: „Der Krieg ist von den Zentralmächten ebenso wie von ihren Verbündeten, der Türkei und Bulgarien, mit Vorbedacht geplant worden, und er ist das Ergebnis von Handlungen, die vorsätzlich und in der Absicht begangen wurden, ihn unabwendbar zu machen. In Uebereinstimmung mit Oesterreich, Ungarn hat Deutschland vorsätzlich daran gearbeitet, die zahlreichen vermittelnden Vorschläge der Ententemächte auf die Seite zu schieben und ihre wiederholten Bemühungen zur Verhütung des Krieges zunichte zu machen.“

Jede Zeile dieser Schlußfolgerung, die die Entente brauchte, um den Frieden von Versailles zu rechtfertigen, wird durch Kautskys Urkundensammlung widerlegt. Und so ist dieses Werk ganz gegen die Absicht seiner Urheber dazu bestimmt, zum Sturmblock zu werden. Denn mit derselben Klarheit, mit der es die culpa der deutschen Regierung erhärtet, beweist es die Tatsache, daß von einem dolus nicht die Rede sein kann. Gerade einen dolus aber brauchten die Männer in Versailles, denn nur der dolus konnte das internationale Strafgericht rechtfertigen, das der Vertrag über Deutschland verhängte. Die culpa konnte immer nur zum Gegenstand eines innerpolitischen Verfahrens gemacht werden.

Ich kann im Rahmen dieses Artikels natürlich nicht im einzelnen nachweisen, daß jede Seite der Urkundensammlung diese meine Behauptung rechtfertigt.

Die Randbemerkungen, die der Kaiser zu den Aktenstücken gemacht hat, haben nicht nur deshalb, weil ihre Veröffentlichung allen Ueberlieferungen widerspricht, sondern auch deshalb, weil sie allein die persönliche Schuld des Kaisers, die Schuld, die der Artikel 277 des Friedensvertrages als „Verletzung des internationalen Sittengesetzes und der Heiligkeit der Verträge“ bezeichnet, darlegen könnten, das meiste Interesse gefunden. Als der Kaiser sie niederschrieb, da dachte er, daß sie wahrscheinlich nie, höchstens aber in hundert Jahren, wie die berühmten Glossen Friedrich des Großen, bekannt werden würden. Darum offenbart sich in ihnen sein geheimstes Denken. Die Absicht irgend etwas zu verschleiern, kann bei ihrer Abfassung nicht bestanden haben. Es muß sich in ihnen offenbaren, was der Kaiser wirklich dachte. Ich frage nun jeden, der diese Randbemerkungen gelesen hat, ob auch nur in einem einzigen von ihnen der nach den Beschuldigungen der Entente sein ganzes Wesen beherrschende, seine ganze Politik kennzeichnende Wunsch zutage tritt, die Hegemonie Europas durch die Entfesselung eines Krieges zu erobern. In unzähligen Reden, aber auch in dem von Clemenceau unterzeichneten Aktenstück, mit dem die deutsche Denkschrift über die Schuld am Kriege beantwortet wurde, ist diese Behauptung wie etwas Erwiesenes aufgestellt worden. Die Randbemerkungen des Kaisers beweisen nicht nur, daß dieser ungeheuerliche Vorwurf, mit dem der Artikel 277 des Friedensvertrages steht und fällt, vollkommen aus der Luft gegriffen ist, sondern daß der Kaiser vom Beginn des Konflikts ab, ja schon vor dem Morde von Serajewo, wie von einem unausrottbaren Gedanken von der Ueberzeugung beherrscht war, daß sich gegen Deutschland eine Verschwörung gebildet hatte, die seine Vernichtung bezweckte, und daß die deutsche Diplomatie dieser Verschwörung ganz machtlos gegenüberstand. Schon die Bemerkungen zu dem Artikel der Birschewja Wjedomosti vom 13. Juni 1914 beweisen, das Vorhandensein dieser Ueberzeugung. — „Na, endlich haben die Russen“, so heißt es da, „ihre Karten aufgedeckt. Wer in Deutschland noch nicht glaubt, daß von Russo-Gallien mit Hochdruck auf einen baldigen Krieg gegen uns hingearbeitet wird, und wir dementsprechende Gegenmaßregeln ergreifen müssen, der verdient umgehend, nach Dalldorf ins Irrenhaus geschickt zu werden!“ Und die Worte: „Rußland und Frankreich wünschen keinen Krieg“, die in der Tat in schreiendem Gegensatz zu dem Inhalt dieses vom russischen Kriegsminister verfaßten Artikels stehen, der von der Presse der ganzen Welt wie ein Kriegsruf aufgefaßt wurde, kennzeichnet er mit dem Worte: „Quatsch“. Ist das die Sprache eines von unstillbaren Eroberungsgelüsten erfüllten Herrschers oder nicht vielmehr der Wutschrei eines Menschen, der die Schöpfung seiner Väter und das Glück seines Volkes von heutegierigen Feinden bedroht sieht? Und dieser leitende Gedanke zieht durch alle Randbemerkungen des Kaisers bis zu jenem Verzweiflungsausbruch, mit dem er die Note des Petersburger Botschafters vom 30. Juli begleitet, in dem mitgeteilt wird, daß Sasonow erklärt habe, der Mobilmachungsbefehl könne nicht mehr rückgängig gemacht werden. „Das ist „in nuce“, so heißt es in dieser sich zu einem Schriftstücke ausdehnender Randbemerkung, „die wahre und nackte Situation, die langsam und sicher durch Edward VII. eingefädelt, fortgeführt, durch abgeleugnete Besprechungen Englands mit Paris und Petersburg systematisch ausgebaut, schließlich durch Georg V. zum Abschluß gebracht und ins Werk gesetzt wird. Dabei wird uns die Dummheit und Ungeschicklichkeit unseres Verbündeten zum Fallstrick gemacht. Also die berühmte „Einkreisung“ Deutschlands ist nun doch endlich zur vollendeten Tatsache geworden, trotz aller Versuche der Politiker und Diplomaten, sie zu verhindern. Das Netz ist uns plötzlich über den Kopf gezogen worden und höhnisch lächelnd hat England den glänzenden Erfolg seiner beharrlich durchgeführten pure antideutschen Weltpolitik, gegen die wir uns machtlos erwiesen haben, indem es uns isoliert im Netz zappelnd aus unserer Bundestreue zu Oesterreich den Strick zu unserer politischen und ökonomischen Vernichtung dreht. Eine großartige Leistung, die Bewunderung erweckt, selbst bei dem, der durch sie zugrunde geht. — Eduard VII. ist nach seinem Tode noch stärker als ich, der ich lebe.“

So sprach der Kaiser nicht vor der Welt, sondern vor seinen intimen Ratgebern in der Ueberzeugung, daß diese Worte ewiges Geheimnis verhüllen würde, am Tage vor der Kriegserklärung. Kann es einem Gerichtshof, dessen vorgeschriebenes Ziel nicht die Verurteilung ist, geben, der einem Menschen, der diese Worte geschrieben hat, für überführt hält, den Weltkrieg entfesselt zu haben, weil er die Welthegemonie erobern wollte. Genügt nicht diese Randbemerkung allein für den Nachweis, daß Wilhelm II. fester als irgendein anderer Monarch der Weltgeschichte, der in der Notwehr das Schwert zog, davon durchdrungen war, daß er um der Rettung seines Volkes willen einen Verteidigungskrieg führen müsse, und daß die Kriegserklärung wirklich in der am 31. Juli ausgesprochenen Ueberzeugung ihren Grund hatte, „daß man ihm das Schwert in die Faust gezwungen habe?“

Man kann darüber streiten, ob die Auffassung, die sich der Kaiser von der politischen Lage gebildet hatte, richtig war, man kann überzeugt sein, daß die von ihm und seiner Regierung angewandten Mittel zur Bekämpfung der Verschwörung, an die man glaubte, die richtigen waren, man kann vor allen Dingen davon durchdrungen sein, daß schon seit Jahren durch eine törichte und kurzsichtige Diplomatie vi